Alles was Recht ist

Befunderhebung bei ausbleibender Menstruation

PATRICK M. LISSEL

Ein niedergelassener Gynäkologe musste sich vor dem Landgericht Verden verantworten. Ihm wurde vorgeworfen, bei seiner Patientin fehlerhaft keinen Schwangerschaftstest durchgeführt zu haben.

Die Patientin befand sich in der Betreuung des Gynäkologen. 1990 hatte sie eine Spontangeburt. 1994 erfolgte nach einer Eileiterschwangerschaft rechts ein organerhaltender Eingriff, im Jahr 2000 wurde aufgrund einer neuerlichen Eileiterschwangerschaft der rechte Eileiter entfernt. 2010 erschien die Patientin erneut in der Praxis. Ausweislich der Eintragungen in der Behandlungsdokumentation war sie zur Krebsvorsorge angemeldet, hatte die letzte Regelblutung vor sechs Wochen und war im Übrigen beschwerdefrei. Vaginalsonografisch zeigte sich kein Anhalt für eine Schwangerschaft. Für den Fall, dass die Menstruation nicht einsetzen sollte, wurde eine Wiedervorstellung in zwei Wochen vereinbart. Zwei Tage später suchte die Patientin wegen starker Schmerzen eine Klinik auf. Dort wurde eine Eileiterschwangerschaft links festgestellt und der Eileiter entfernt.

Die Patientin gab an, der Gynäkologe habe ihre Beschwerden nicht ernst genommen und sei auf ihre Bitte, einen Schwangerschaftstest durchzuführen, nicht eingegangen. Wären Untersuchung und Weiterbehandlung erfolgt, hätte der Eileiter nicht entfernt werden müssen. Neben Schmerzensgeld in beträchtlicher Höhe beantragte die Patientin die Feststellung, dass der Gynäkologe verpflichtet sei, ihr die Kosten künstlicher Befruchtungen bis zum Ablauf des 41. Lebensjahres zu ersetzen.

So sah das Gericht den Fall

Das Landgericht Verden hat – sachverständig beraten – einen Behandlungsfehler des Gynäkologen bejaht, die erho-

benen Ansprüche aber nur in ganz geringem Umfang als begründet angesehen (Urteil vom 9.6.2011, Az: 5 O 391/10, bestätigt durch das Oberlandesgericht Celle, Beschluss vom 11.8.2011, Az: 1 U 66/11). Zwar sei dem Gynäkologen ein (grober) Behandlungsfehler in Form eines Befunderhebungsfehlers vorzuwerfen, dieser sei aber für den Verlust des Eileiters nicht kausal geworden.

Nach Ansicht des Sachverständigen hätte der Gynäkologe einen Schwangerschaftstest veranlassen müssen. Angesichts der vorangegangenen Eileiterschwangerschaften habe die konkrete Gefahr einer weiteren Eileiterschwangerschaft bestanden. Dies gelte auch dann, wenn bei den durchgeführten Untersuchungen keine Anzeichen für eine Schwangerschaft vorgelegen haben sollten und die Patientin auch nicht über Beschwerden geklagt haben sollte. Ein Schwangerschaftstest wäre positiv gewesen. Auf einen solchen Befund hätte mit einer sofortigen Klinikeinweisung reagiert werden müssen.

Der Eileiter wäre jedoch mit Sicherheit auch bei einem früheren Eingriff entfernt worden. Ausweislich des Operationsberichts sei ein organerhaltender Eingriff aufgrund der Lage der Eileiterschwangerschaft nicht indiziert gewesen. Diese Situation hätte sich auch zwei Tage zuvor nicht anders dargestellt.

Vor diesem Hintergrund könne ein Schmerzensgeld für den Verlust des Eileiters und ein Ersatz der Kosten für künstliche Befruchtungen nicht verlangt werden. Lediglich für die Verzögerung der Behandlung komme ein gewisser Aus-

Dr. Patrick M. Lissel

... stellt in der Rubrik „Alles was Recht ist“ regelmäßig gerichtliche Entscheidungen aus dem Bereich der Gynäkologie und Geburtshilfe vor.

gleich in Betracht. Bei ordnungsgemäßer Behandlung wären der Patientin die zwischenzeitlich aufgetretenen Schmerzen und die überstürzte Krankenhauseinweisung erspart geblieben.

Was bedeutet das Urteil für den klinischen Alltag?

Der Sachverständige sah allein aufgrund der Vorgeschichte der Patientin die zwingende Notwendigkeit zur Durchführung eines Schwangerschaftstests. Unbeachtlich war insoweit die durch den Gynäkologen – vorbildlich – dokumentierte Beschwerdefreiheit der Patientin.

Aufgrund des Umstandes, dass die Patientin ihren Anspruch nur zu einem ganz geringen Teil durchsetzen konnte, wurden ihr die gesamten Kosten des Rechtsstreits auferlegt. Möglicherweise spielte dabei auch eine Rolle, dass sie im Rahmen der mündlichen Verhandlung den gut begründeten Vergleichsvorschlag des Gerichts in gleicher Höhe rüde zurückgewiesen hatte.

Dr. Patrick M. Lissel, LL.M.
Rechtsanwalt und Fachanwalt für
Medizinrecht
Sozietät Dr. Rehborn
Ottostraße 1
80333 München